



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Georges Thüring, SVP-Fraktion: Sozial- und Lohndumping auf regionalen Baustellen!**

Autor/in: [Georges Thüring](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 22. September 2011

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht--
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Vor gut zwei Jahren sorgte unsere Region schweizweit für Aufsehen mit der Schlagzeile "Ungarn arbeiten für 1.75 Euro". Aufgrund der Medien - Sonntag vom 18.9. und Basellandschaftliche Zeitung vom 20.9. - scheint nun bei einer anderen prominenten Baustelle - Büroturm der Roche - ein weiterer Fall von Sozial- und Lohndumping mit entsandten Arbeitern vorzuliegen.

Die flankierenden Massnahmen bildeten **die entscheidende** Voraussetzung, damit unser Volk der Personenfreizügigkeit überhaupt zugestimmt hat. Sie sollen für gleiche Grundbedingungen (Mindestvorschriften der allgemein gültigen Gesamtarbeitsverträge u.ä.) für alle Marktteilnehmer sorgen - sowohl inländische als auch ausländische Anbieter und Unternehmer müssen sich daran halten. Soweit mir bekannt ist, bereitet die Durchsetzung der flankierenden Massnahmen aber seit Inkraftsetzung der Personenfreizügigkeit am 1. Juni 2004 Mühe. Es scheint laufend zu - zum Teil massiven - Verstössen zu kommen, die beiden erwähnten Fälle sind offensichtlich nur die prominentesten.

Alarmierend und schockiert zugleich vom neuesten Fall, ersuche ich den Regierungsrat um dringliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Handelt es sich beim aktuellen Fall nur um die sprichwörtliche Spitze des Eisberges? Hat der Regierungsrat einen Gesamtüberblick über das Gesamtausmass solcher Verstösse im Basbiet respektive in unserer Region?
2. Genügt der Umfang der bisherigen Kontrolltätigkeit (Häufigkeit der Baustellenkontrollen, etc.) und stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, um die flankierenden Massnahmen respektive unsere Bestimmungen wirksam gegenüber ausländischen Anbietern und Unternehmern durchzusetzen? Wo liegen allenfalls die Probleme?
3. Was kehrt der Regierungsrat konkret vor, dass bei Projekten und Baustellen, die in seinem unmittelbaren Einflussbereich bestehen und wo entsandte Arbeiter tätig sind, solche Verstösse nicht vorkommen?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, **dass bei Grossereignissen oder Veranstaltungen, die er mit namhaften Beiträgen unterstützt** und wo zum Beispiel beim Auf- und Abbau ausländische Anbieter respektive Entsandte tätig sind, die erwähnten Bestimmungen eingehalten werden und es zu keinem Sozial- und Lohndumping kommt? Knüpft der Regierungsrat seine Unterstützung an entsprechende Bedingungen und wie kontrolliert er, dass diese eingehalten werden?
5. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass es im Falle der letztjährigen Swiss Indoors offenbar zu Unregelmässigkeiten und Verstössen - unter anderem im Zusammenhang mit dem Problem der Scheinselbständigkeit - gekommen ist?
6. Hat der Regierungsrat bei den Swiss Indoors-Verantwortlichen interveniert, damit es inskünftig zu keinen solchen Verstössen mehr kommt?

Ich danke dem Regierungsrat für seine Antworten, für die sich zweifellos auch eine breitere Öffentlichkeit interessieren dürfte.